



Neues aus Berlin



Sehr geehrte Damen und Herren,

die USA haben einen neuen Präsidenten gewählt. Die Wahl war ordnungsgemäß und demokratisch. Ob uns das Ergebnis gefällt oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Donald Trump war sicher nicht mein Favorit, aber Deutschland und Europa werden mit ihm zusammenarbeiten müssen. Wenn die deutsche Verteidigungsministerin sagt, sie sei über die Wahl Trumps „zutiefst schockiert“, kann ich mir das Gesprächsklima bei ihrem ersten Treffen mit dem US-Präsidenten schon lebhaft vorstellen...

Dass Trump außenpolitisch keine Erfahrung hat, ist richtig und macht die Dinge nicht einfacher. Wenn dieser fehlenden Erfahrung aber aus Europa nur Empörung und Unverständnis entgegengestellt wird, dann trägt das wohl nicht zur Verbesserung der transatlantischen Beziehungen bei. Wenn die Demokratie etwas anderes macht als die Beobachter von ihr erwarten, wer sollte dann über sich nachdenken? Die Demokra-

tie oder die Beobachter? Vielleicht sollten es beide tun. Mich macht nachdenklich, dass viele Analysten in Europa wohl eher den Wunsch als die Wirklichkeit abbildeten.

Im Übrigen: Als Ronald Reagan 1981 Präsident wurde, erwartete man in Deutschland die Apokalypse. Als Barack Obama 2009 gewählt wurde, stand der Eintritt ins Paradies unmittelbar bevor. Beides ist nach meiner Kenntnis nicht eingetreten. Etwas mehr Besonnenheit täte da Not. Ich wünsche Donald Trump, dass er seiner Verantwortung ernsthaft nachkommt. Dass der Job im oval office wesentlich komplexer ist als die hemdsärmelige Leitung eines Konzerns wird er schon bald merken. Wir sollten dazu aus Deutschland und Europa eine faire und sachliche Arbeitsbasis schaffen. In diesem Sinne herzliche Grüße aus Berlin!

Ihr

Thomas Dörflinger, MdB

Illegale Einreisen: Deutschland und Schweiz verabschieden gemeinsamen Aktionsplan

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger hat den am 13. Oktober beschlossenen deutsch-schweizerischen Aktionsplan gegen irreguläre Weiterwanderung begrüßt. Der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und der Schweizer Bundesrätin Simonetta Sommaruga erarbeitete Aktionsplan beinhaltet „ein ganzes Bündel effektiver polizeilicher und migrationspolitischer Maßnahmen, um der in den letzten Monaten sprunghaft gestiegenen Zahl an unerlaubten Einreisen nach Deutschland entgegenzuwirken“, so Dörflinger. Von Januar bis August 2016 hatte die Bundespolizei an der deutsch-schweizerischen Grenze rund 4.500 unerlaubte Einreisen festgestellt. „Wir sind Bundesinnenminister Thomas de Maizière dankbar, dass er Schilderungen der südbadischen CDU-Bundestagsabgeordneten zügig aufgegriffen und mit der Schweiz den nun verabschiedeten Aktionsplan erarbeitet hat“, erklärte der Abgeordnete weiter. Darin verständigen sich Deutschland und die Schweiz unter anderem auf verstärkte Kontrollen im grenzüberschreitenden Zugverkehr, gemeinsame Fahndungen und Einsätze sowie den Ausbau der Kommunikationsstrukturen. Durch gemeinsame Streifen auf schweizerischem Hoheitsgebiet konnte die Bundespolizei mit dem schweizerischen Grenzschutz von Juni bis September 2016 bereits rund 900 illegale Einreisen nach Deutschland verhindern. Die Bewältigung der irregulären Weiterwanderung sei nur gemeinsam und in enger Abstimmung zu leisten. Auch Italien müsse dabei einbezogen werden, so der Abgeordnete. Dörflinger hatte sich Anfang September an Bundesinnenminister de Maizière gewandt und über den deutlichen Anstieg unerlaubter Einreisen aus der Schweiz nach Deutschland berichtet. Zuletzt wurden an der deutsch-schweizerischen Grenze monatlich ca. 1.000 unerlaubte Einreisen festgestellt.





Neues aus dem Wahlkreis

Schnelles Internet: Bund fördert weitere Ausbauprojekte in der Region

Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und die Gemeinden Glottertal, Weilheim und Klettgau erhalten je 50.000 Euro aus dem Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau. Die entsprechenden Förderbescheide hat Verkehrsstaatssekretär Norbert Barthle am 9. November im Beisein der Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger und Gabriele Schmidt übergeben. An der Förderbescheidübergabe, die im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) in Berlin stattfand, nahmen auch Glottertals Bürgermeister Karl-Josef Herbstritt (1.v.l.) sowie Volker Jungmann (4.v.l.), Bürgermeister der Gemeinde Klettgau (Landkreis Waldshut), teil. Mit dem Geld können der Landkreis und die Kommunen die Ausbauprojekte für schnelles Internet weiterplanen. „Der Bund macht beim Breitbandausbau weiter Tempo. Es freut uns, dass unsere Region erneut vom Bundesförderprogramm zum Breitbandausbau profitiert. Da nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg auch verstärkt Landesfördermittel zur Verfügung stehen, kommt der Ausbau des schnellen Internets im Hochschwarzwald und am Hochrhein sichtbar voran“, so Dörflinger und Schmidt am Rande der Förderbescheidübergabe. Seit Beginn des Bundesprogramms vor einem Jahr konnten bereits knapp 1.000 Förderanträge für Beratungsleistungen von Kommunen und Landkreisen aus ganz Deutschland positiv beschieden werden. Damit Landkreise und Kommunen mit unterversorgten Gebieten schnell förderfähige Projekte entwickeln können, fördert der Bund Beraterleistungen, die die Planung und Durchführung von Ausbauprojekten erleichtern, mit bis zu 50.000 Euro. Der vierte Förderaufruf für Ausbauprojekte läuft noch bis zum 28. Februar 2017.



Flugverkehr: ADV-Äußerung sorgt für Unverständnis

Die im Vorfeld der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV) in Zürich geäußerte Behauptung seitens der ADV, gegenüber den Erweiterungsplänen des Flughafens Zürich bestünden auf deutscher Seite „ideologische Blockaden“ weisen die Bundestagsabgeordneten Thomas Dörflinger und Gabriele Schmidt sowie der CDU-Landtagsabgeordnete Felix Schreiner als „blanken Unsinn“ zurück. „Die ADV sollte zur Kenntnis nehmen, dass Abgeordnete gewählt werden, um die Interessen ihrer Bürger zu vertreten; sie sind keine Lobbyvertreter ausländischer Flughäfen“, so die Abgeordneten. Es habe im Übrigen in der Vergangenheit niemand die Erweiterungspläne in Zürich im Grundsatz in Frage gestellt. Die Abgeordneten legen allerdings Wert auf die Feststellung, dass nach dem Völkerrecht Belastungen, die mit Einrichtungen der Infrastruktur einhergehen, zunächst und vor

allem auf dem eigenen Territorium abzarbeiten sind, bevor man diese ins Ausland abschiebt. Dieser Grundsatz des internationalen Rechts müsste eigentlich auch der ADV präsent sein. Der Nachweis, weshalb die Schweiz den deutschen Luftraum überhaupt im vorhandenen Maße in Anspruch nehmen, stehe aber nach wie vor aus. Bereits jetzt würde durch die Pläne zum so genannten Betriebsreglement 2014 (BR2014) der Versuch unternommen, die bereits vorhandene hohe Belastung des süddeutschen Grenzraumes durch An- und Abflugverkehr aus und von Zürich auf Dauer zu steigern. Wenn man sich dann die Prognosen des Schweizer Bundesamtes für Raumentwicklung (ARE) in seinem Bericht „Perspektiven des schweizerischen Personen- und Güterverkehrs bis 2040“ ansehe, die bis 2040 von einer 75-prozentigen Steigerung der Passagierzahlen in Zürich sprechen, könne man sich leicht ausmalen, was schon in wenigen Jahren in Sachen Flugverkehrsbelastung am Hochrhein und im Südschwarzwald los sei.



Neues aus dem Wahlkreis

Delegationsreise der Parlamentariergruppe in die Schweiz

Es sei, sagte Thomas Dörflinger, ein Jahrhundertbauwerk. Gerichtet waren diese Worte des Vorsitzenden der deutsch-schweizerischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages an den Zuger Ständerat Joachim Eder, den Präsidenten der eidgenössischen Delegation für die Beziehungen zum Deutschen Bundestag und damit Dörflingers Pendant in Bern. Dieser hatte den Besuch aus Deutschland zuvor in den Anfang Juli eröffneten Gotthard-Basistunnel geführt. Der Besuch des Tunnelbauwerks war Teil eines zweitägigen Programms, das Abgeordnete aus beiden Ländern vom 2. bis 4. November von Lugano über Bellinzona nach Luzern und schließlich Bern geführt hat. Weitere Programmpunkte waren Gespräche mit den Staatssekretären Jacques de Watteville und Mario Gattiker. De Watteville koordiniert als Chefunterhändler die Verhandlungen der Schweiz mit der EU, was nicht nur die Umsetzung der Initiative „Gegen Masseneinwanderung“, sondern auch Gespräche über ein institutionelles Rahmenabkommen umfasst. Mit Mario Gattiker, der in Bern das Staatssekretariat für Migration leitet, sprachen die Abgeordneten über die Flüchtlings- und Asylsituation in Deutschland und der Schweiz und die Lage an der gemeinsamen Grenze. Weitere Themen der Delegationsreise waren die Energiepolitik, die Endlagersuche und mögliche Einsparungen beim Schweizer Zoll.



Eintausend Meter unter dem Gipfel

Seit Anfang Oktober und noch bis Dezember läuft der Testbetrieb im Gotthard-Basistunnel. Gemeinsam mit Ständerat Joachim Eder (FDP) konnte Thomas Dörflinger tief im Tunnelinnern die Multifunktionsstelle Sedrun in Augenschein nehmen.



Sitzungswochen:

21.11. - 25.11.2016
28.11. - 03.12.2016



Impressum/Kontakt:

Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin
Tel.: 030 227-73495
Fax: 030 227-76507
eMail: thomas.doerflinger.ma02@bundestag.de
Bildrechte: HTG, BMI und BMVI